

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1947

50 (21.11.1947)

Süddeutsche Allgemeine

Veröffentlicht unter Lizenz Nr. US-WB 111. Herausgeber Dr. J. Peter Brandenburg (Verlagsleitung) und Fritz Richter (Chefredaktion). Verlag: „Süddeutsche Allgemeine“ Pforzheim, Telefon 261 und 262. Druck: Badische Presse, Karlsruhe, Waldstr. 28.

Truman vor dem Kongreß

Von unserem Korrespondenten in Washington
R. Lavigne.

Präsident Trumans Beschluß, den Kongreß zu einer Sondertagung einzuberufen, wird von den politischen Kreisen in Washington als einseitige Aktion betrachtet. Das will besagen, daß das Oberhaupt der Vereinigten Staaten im letzten Augenblick den Gedanken hat fallen lassen, die republikanischen Führer um ihre Zustimmung zu einer solchen Initiative zu bitten. Er übt somit seine verfassungsmäßigen Vorrechte aus und übernimmt Verantwortlichkeiten, die die Opposition nicht hat mittragen wollen. Angesichts der steil ansteigenden Preiskurve und der dringenden Notwendigkeit, Frankreich und Italien zu helfen, konnte Präsident Truman nicht mehr zaudern und solange abwarten, bis seine politischen Gegner gnädigst geneigt waren, ihm zu folgen. Zwischen der Unbekanntheit, welche auf politischem Gebiet die Einberufung des Kongresses zu einer Sondertagung darstellt, und dem schlechten Eindruck, den die bürokratische Langsamkeit der Verwaltung hätte machen müssen, hat Truman seine Wahl getroffen.

Er hat das nach langen Diskussionen innerhalb seines Kabinetts getan. Der Sekretär im Schatzamt, Snyder, warnte ihn vor den Folgen einer solchen Handlungsweise, während der Staatssekretär Marshall und der Sekretär für die nationale Verteidigung, Forrestal, sich energisch für eine Maßnahme aussprachen, welche ihnen geeignet erscheint, das Prestige der amerikanischen Außenpolitik in der Welt zu stärken. Die beiden letzteren seiner Ratgeber sind überzeugt, daß es nicht gelingen könnte, alle vorhandenen Lücken mit zureichenden Beträgen zu füllen, und daß deshalb die vorläufige Europahilfe im Kongreß noch vor den Debatten über die Gesamtheit des Marshall-Planes diskutiert werden müsse.

Der Direktor des Nationalausschusses der demokratischen Partei, Gael Sullivan, war es, der es dem Präsidenten nahelegte, auch das Problem der Preissteigerung auf die Tagesordnung zu setzen. Er weiß genau, daß die Republikaner die Innenpolitik diskutieren wollen und vor allem die Steuerherabsetzung, und er hofft, auf diese Weise den möglichen Maßnahmen der republikanischen Partei begegnen zu können. Denn, wenn die Frage der Steuerherabsetzung in erster Linie die wohlhabenden Klassen interessiert, so ruft die Verteuerung des Lebens die Unzufriedenheit der großen Masse der Bevölkerung hervor. Aus diesem Grunde hat Präsident Truman als ersten Punkt auf das Arbeitsprogramm der Kongreßsondertagung die Diskussion der Maßnahmen gesetzt, deren Ziel die Preislenkung ist. Aber bereits jetzt haben die Republikaner erwidert, man könnte die Tagesordnung des Kongresses nicht beschränken, wenn dieser erst einmal zusammengetreten

ist. So ist denn die Innenpolitik am 17. November in Washington voll zu ihrem Recht gelangt. Hinsichtlich des Entwurfs für die Europahilfe sind sich Demokraten und Republikaner über das Prinzip einig. Aber die Republikaner werden versuchen, die von der Verwaltung für Frankreich und Italien geforderte Summe von 642 Millionen Dollar zu kürzen. Der eigentliche Kampf wird in dem Augenblick beginnen, in welchem der Marshallplan als Ganzes zur Diskussion gestellt wird. Denn jede der beiden Parteien hat von ihrem Standpunkt aus Kritik am Bericht des Ausschusses für die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa geübt.

Erst vor fünf Jahren

1942: Am 23. Oktober brach bei El Alamein der deutsche Angriff auf den Sueskanal zusammen. Seit dem 1. November, den Landungen in Marokko und Algerien, stehen amerikanische Truppen dieses des Ozeans. Am 23. November begann am Don die russische Gegenoffensive. Konnte die Welt damals ahnen, daß es schon nicht mehr um Deutschland ging? Die Menschen draußen haben viel gewußt. Als Ende August die Vollzugsmedien von der Einnahme Stalingrads ausliefen, strichen sie den Staat Hitler von der Landkarte und werteten alle seine Unternehmungen als Verzögerungen des Untergangs. Etwa in jenen Monaten entstand aber auch das Wort vom „Dritten Weltkrieg“. Das Zerwürfnis der Alliierten war seitdem Hitlers einzige Hoffnung. „Die deutschen Soldaten am Balkan hätten die englischen Stellen gegen Rußland“, räumten „Wissende“ in Berlin sich zu. Sie hatten kein Empfinden dafür, mit welcher Unerbittlichkeit die Geschichte bereits dahin entschieden hatte, daß der Weg zur weltpolitischen Begegnung zwischen Washington und Moskau über die Zerstörung Berlins führen sollte. Auch die Welt wußte um den zweiten Schritt, noch ehe der erste getan war, aber sie wußte auch, daß der erste unumkehrbar — und nötig war. Fünf Jahre erst ist es her, seit diese Entschiedenheiten feststanden. Eine winzige Sommerzeit für große Prozesse der Geschichte. Ohne sichtbaren Einschnitt ist eine Weltfrage in eine andre, noch umfassendere übergegangen. Darum haben wir noch keinen Friedensvertrag — denn hätten wir ihn, dann wäre auch schon ein zweiter geschlossen worden. Und dies alles binnen fünf Jahren zu verlangen, ist weltfremd. Wir müssen vielmehr weltgeschichtlich Schlange stehen und können uns nicht einmal abblenden lassen. Das nennt man Schlüsselstellung. Keine Ungeduld hilft dagegen. Was sind für einen Erdteil schon fünf Jahre!

6 Wochen für „Mein Kampf“

Die Kunde von dem angeblichen Trophäenwert des „Hitlerischen Papierkampfes“ kam auch an die Ohren eines Engländerbürgers. Und da jener auch gerne einmal eine Lucky Strike gemerkt hätte, klemmte er sich den bisher wohlversteckten, plötzlich erst wertvoll erscheinenden „Mein Kampf“ unter dem Arm, ging schourstrich zu einem amerikanischen Offizier und glaubte gewonnen zu haben. Das Angebot war seines Erachtens günstig, weniger die Nachfrage. Der Offizier nämlich ließ das Militärgericht für sich sprechen. Erich Gluck hat daher auch dieses „dem Führer zu danken“, daß man ihn auf 6 Wochen hinter Schloß und Riegel behielt.

Die Verteilungsstellen haben versagt

Der Leiter einer großen württembergischen Schuhfabrik hat uns erklärt, daß in den letzten zweieinhalb Monaten allein in Württemberg-Baden mindestens 300 000 Paar Lederschuhe hätten verteilt werden können, wenn die Verteilungsstellen in der Ausgabe von Schuhbezugscheinen etwas großzügiger gewesen wären. Die Schuhe seien auf Anweisung der Landeswirtschaftsämter entweder bei der Industrie oder beim Handel zu Lager gelegt worden, ohne daß für diese Maßnahme stichhaltige Gründe angegeben worden seien. Die Arbeiter in der Schuhindustrie bräuchten heute — im Vergleich zu anderen Industriezweigen — eine nahezu hundertprozentige Arbeitsleistung auf, und dadurch sei die Produktion der Schuhindustrie Monate hindurch auf der gleichen Höhe geblieben. Durch die Fortsetzungspolitik des bürokratischen Verwaltungsapparates seien zwei Monate lang keine Bezugscheine ausgegeben worden, zu einem Zeitpunkt, wo die Zivilbevölkerung jünger denn je Schuhe brauche. Mit der Einführung der durchlaufenden Bezugsnummern am 23. Juli seien zunächst die alten Bezugscheine des Handels hundertprozentig versorgt worden. Diese Ausgabe sei zur Ergänzung des Lagers beim Einzel- und Großhandel bestimmt gewesen. Die erste Ausgabe an die Bevölkerung sei aber erst im September erfolgt und zwar in bescheidenem Umfang. Wahrscheinlich sei eine größere Ausgabe deshalb verzögert worden, weil das LWA sich über die Wirtschaftsmächtigsten vom Einzelhandel die genaue Lagerbestände melden ließ, um von dieser Zahl aus dann die Ausgabe der Bezugsnummern einschließlich der Industrieproduktion abhängig zu machen. Bei der Schuhindustrie selbst sei die Produktion kaum oder nur um wesenlich zurückgegangen und die wichtigsten Lieferungen müßten deshalb ausschließlich auf das Konto der fehlenden Bezugsnummern gebucht werden. Es dürfe auch nicht unbeachtet bleiben, daß von der Produktion der US-Zone 3,7 Prozent nach Berlin versandt werden müßten; dazu

käme noch eine größere Menge für das Ruhr-Bergbau-Programm. Für die letztere Lieferung würden nur Textilien in geringem Umfang zurückgeliefert, dagegen nicht der Hauptrohstoff Leder. Hieraus ergebe sich, daß eine Erhöhung der Schuhproduktion nicht durchgeführt werden könne, dagegen aber eine Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung der US-Zone eintrete. Durch die Übernahme der Schuh- und Lederbewirtschaftung durch das Verwaltungsamt in Münden am 1. Januar 1948 würden sich jetzt schon Stockungen im Beschleppapparat bemerkbar machen. Verschiedene Vorschläge beim LWA, im Rahmen der vom Landerrat festgesetzten und von den einzelnen Landeswirtschaftsämtern an die Schuhfabriken gemachten Lieferungsauflagen an die Länder Hessen, Bayern, Berlin und die englische Zone Vorauslieferungen zu tätigen, seien grundsätzlich abgelehnt worden, mit der ausdrücklichen Verpflichtung, die Abdeckung mit Bezugsnummern innerhalb zwei Monaten vorzunehmen. Damit seien die Schuhfabriken verpflichtet worden, die erzeugte Ware auf Lager zu legen. Gleichzeitig müßte bei der Schuhfabrikation durch die Sperrung der Ausgabe der Bezugsnummern ein Verwaltungsapparat größten Stiles aufgezogen werden, der durch eine großzügigere Planung hätte vermieden werden können. Die Schuhkapazität der US-Zone verteilt sich auf die einzelnen Länder wie folgt: 6 Prozent Württemberg-Baden, 23 Prozent Bayern, 18 Prozent Hessen, die Verteilung der armenen Schuhe erfolgt daneben nach dem Bevölkerungsmaßstab: 35 Prozent Württemberg-Baden, 40 Prozent Bayern, 20 Prozent Hessen und 5 Prozent Berlin. Der Leiter der Schuhfabrik Nitze noch hinzu, daß durch diese unverständliche Maßnahme der Verteilungsstellen die Einzelhändler in eine schwierige Situation gekommen seien, da sie um Miete und sonstige Auslagen bestreuten zu können. Ihr Lager entweder verschleppen oder schwarz verkaufen müßten.

Deutschland-Rundschau

München. (Dona). Der Verfassungskonvent des bayerischen Landtags nahm einen SPD-Antrag zur Vorlage eines Gesetzesentwurfes über die Durchführung von Volksabstimmungen und Volkswahlen und eines Landeswahlgesetzes einstimmig an. Der Gesetzesentwurf soll noch vor dem 1. Januar 1948 dem Plenum des bayerischen Landtages vorgelegt werden. **Frankfurt.** (Dona). Die Herabsetzung der Beiträge für das Land Niedersachsen in der 194. Zahlungssperre von 12 000 000 auf 5000 000 wurde wegen gleichmächtigen Einhaltens eines zweiten Zehntens Winterabteilung in Niedersachsen von der Zweimannverwaltung für Ernährung in Frankfurt angeordnet. **Frankfurt.** (Dona). Während der deutschen Besatzungszeit in Frankreich gesammeltes Gold im Werte von 75 000 000 Dollar wurde an die Bank von Frankreich abgeteilt. Das Gold im Gewicht von 75 000 kg wurde während des Krieges in einem Stollen im Merker bei Falds aufbewahrt und dort im Frühjahr 1945 von der US-Armee aufgefunden und bis zur Übergabe in Frankfurt am Main aufbewahrt. **Düsseldorf.** (KH). Während unter der Hand der Handel mit Glühbirnen und Radioröhren nicht, lagern in der gesamten britischen Zone über 100 000 Ersatzröhren für Rundfunkgeräte, die aber nicht zur Verteilung gelangen, weil die hierfür notwendigen Bezugsnummern fehlen. Die hierfür notwendigen Bezugsnummern fehlen. Die hierfür notwendigen Bezugsnummern fehlen. **Graz.** (KH). Spezialisten für Eigenumsveränderungen in Graz wurden für die Erteilung von Genehmigungen in einem Gottesdienst handlung einsteigen. Denn sie konnten nach österreichischer Entlohnung von holländischen Türschloßern Kaffee, Tee, Butter, zwanzig Meter Seide und Nessel, Schuhe, Bastkissen und 20 000 RM Bargeld mitnehmen. **Münster.** (KH). Ein Festzug der Erntedankfestfeier hatte in einem Gottesdienst die katholische Kirche stark angefüllt und behauptet, die kirchliche Hierarchie habe die Kräfte der letzten 2000 Jahre verschleudert. Deshalb wurde er in drei Monaten Geldeinsparung vertrieben.

München. (Dona). Der Autorentarator Montev. v. Brachlich wurde am Mittwoch in der Bremer Presse als nicht betroffen erklärt. **München.** (Dona). Der Oberbürgermeister von München, Dr. Arno Obersteiner, und sein Chauffeur wurden bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt und in das Nymphenburger Krankenhaus eingeliefert. **Palästina.** (Dona). Die Heeresverwaltung sträubt sich dagegen, in Zellen der überhaupt in Lagern irgend welcher Art zu wohnen. „Das haben wir jahrelang getan, das wollen wir nicht mehr“, sagen sie. Wohnungen sind aber in Palästina einfach nicht zu haben. „Ja, wo werden Sie denn dann die Einwanderer unterbringen, auf deren Zulassung es sehr gedrängt wird?“ fragte ich. Die Führerin zuckt die Achseln. „Ich weiß es nicht“, sagte sie. „Die Herstellung der Wohnungen, die man für sie braucht, würde jahrelang dauern. Bisher ist es uns immer wieder gelungen, Leute, die schon länger hier sind und die in Häusern wohnen, dazu zu bringen, in Zelte zu übersiedeln und ihre Wohnungen neuankömmlingen zu überlassen. Aber diese Leute leben jetzt selbst schon wieder fünf und mehr Jahre in provisorischen Behausungen, und auch sie haben das schon sehr satt.“ Kaum weniger schwierig als das Wohnungsproblem für Mittelstadesbürger ist die Aussichten nicht sehr gut. Ich lernte einen ehemaligen Rechtsanwalt kennen, der jetzt Straßenkehrer und einen Philosophen, der jetzt Keller in einem Kaffeehaus ist, sich aber gar nicht philosophisch in sein Schicksal ergoßen hat. Die Lebenshaltungskosten in Palästina sind etwa einmehrfach bis zweifach so hoch wie in dem benachbarten, gleichfalls sehr teuren Ägypten. Es ist ein merkwürdiges Land mit seinen drei offiziellen Landessprachen, von denen fast die Hälfte der Einwohner keine kennt, mit sechs offiziellen Religionen in jeder Woche (Freitag für die Araber, Samstag für die Juden, Sonntag für die Christen), die Handel, Verkehr und Industrie hemmen. Die Vereinigten Nationen haben über sehr Schicksal entschieden. Die geographische Lage des Landes aber kann nicht geändert werden. Palästina liegt an dem Schnittpunkt jahrtausendalter Völkerströme, nahe dem

Südbadischer Landtag

Baden-Baden. Im badischen Landtag forderte die KPD-Fraktion einen Gesetzesentwurf, wonach die in den zwölf Jahren der Nahtzeit durchgeführten Verkäufe von Liegenschaften und Grundstücken aus staatlichem, Kreis- und gemeindeeigenem Besitz, die zum Nachteil der öffentlichen Hand getätigt wurden, für ungültig zu erklären seien. Ein sozialdemokratischer Zusatzantrag verlangte eine Gleichstellung der Opfer des Nationalsozialismus mit dem Personenkreis, der Leistungen nach dem geltenden Vorschriften der Kriegsversehrenten-Vorsorge erhält. In der Begründung wurde erklärt, daß man nicht warten könne, bis eine reichseinheitliche Regelung erfolge. Die Anträge fanden einstimmige Annahme. Ebenfalls stimmte der Landtag einem sozialdemokratischen Antrag auf Einführung eines Punktesystems für die Landwirtschaft zu; Landwirte, die ihrer Abgabepflicht vorbildlich genügen, sollen in die Lage versetzt werden, Industriearbeiter, Textilien und u. a. Schuhe zu erhalten. In der Bodenreformfrage wurde gefordert, daß die Regierung die Initiative ergreife, bevor die Militärregierung eine Auflage in dieser Angelegenheit mache. Lobhaft wurde die Sitzung, als ein SPD-Antrag zur Erörterung gelangte, der ein Gesetz verlangte, das den durch Fliegerbomben zerstörte oder teilweise zerstörte Gemeinden die Möglichkeit geben soll, ihren Wiederaufbau nach den fortschrittlichen Grundsätzen des modernen Städtebaus durchzuführen, und das demnach auch die Entleerung von Grund und Boden vorsieht, wenn dies im öffentlichen Interesse gelegen ist. Gegen die BGV., die sich für eine treuhänderische Übertragung von Grund und Boden und gegen eine Entleerung in derartigen Fällen aussprach, wurde auch dieser Antrag angenommen. Schließlich legte der Landtag bestimmte Notstandsrechte im Baden fest, die bei der Verteilung von Rohstoffen, Baumaterialien und Ausrüstungsgegenständen des täglichen Bedarfs bevorzugt berücksichtigt werden sollen.

Baden-Baden. Die badische Staatsregierung behandelt den Entwurf eines Landesgesetzes zur Aufhebung des Erbhofgesetzes. Die Erbfolge wird sich in Zukunft im wesentlichen wieder nach den Bestimmungen richten, die vor dem Inkrafttreten des Erbhofgesetzes galten. Die geschlossenen Hofgüter, die nach der Erklärung der Regierung eine alte badische Einrichtung seien und mit der Erbhofgesetzgebung nichts zu tun hätten, sollen in der bisherigen Form bestehen bleiben. — K. H. Hummel, Fraktion in Baden, der Organisationsbeauftragte der Europa-Union für Baden und A. Schinzinger als Vertreter der in der Europa-Union aufgeführten Pan-Europa-Union haben ein gemeinsames Lizenzgesuch für die Gründung einer Europa-Union für Baden eingereicht. B. T.

Französische Zone

Baden-Baden. Für den städtischen Verwaltungsausschuss in der französischen Zone, Mathias Schneider, wurde dessen Mitarbeiter Otto Frenke mit der vorläufigen Führung des Zonenmarktes der Gewerkschaften in der französischen Zone beauftragt. **Baden-Baden.** In den letzten Tagen sind im Schwarzwald starke Schneefälle niedergegangen. Die Schneehöhe reicht bis in die Rheinebene hinauf. **Freiburg.** In einer von der Stadt Freiburg im Breisgau abgehaltenen Festveranstaltung wurde das 50-jährige Bestehen des deutschen Caritasverbandes gefeiert, dessen Zentrale sich in Freiburg befindet. Vertreter der Militärregierung sowie staatliche, kirchliche und kommunale Würdenträger gaben der Festveranstaltung das offizielle Gepräge. **Freiburg.** Der badische Landtag nahm den Antrag der Sozialdemokratischen Partei, den Landkreis Kehl und die Stadt Breisach zu Notstandsgebieten zu erklären, einstimmig an. Die Notlage in dem Kehler Landkreis ist außerordentlich groß. Dem kommt noch eine Bevölkerungszunahme von 21 bis 22 Prozent. Die Stadt Breisach wurde in über 60 Fliegerangriffen zu 80 Prozent zerstört. Es ist beabsichtigt, alle Gemeinden mit mehr als 80 Prozent Zerstörung ebenfalls zu Notstandsgebieten zu erklären.

Palästinische Reue

Von Kairo aus fuhr ich nach Palästina auf Urlaub. Knapp nach Mitternacht passierte der Zug die Grenze. Als dann am nächsten Morgen die Sonne aufging, beachtete sie unseren Weg durch ein Land, das viel sauberer und viel europäischer aussieht als Ägypten. Immer wieder wird die Wüste abgelöst von weiten Citrus- und Bananenpflanzungen, von sorgfältig bereinigten Gemüsefeldern aller Art, von kleineren und größeren Oasewäldern. Selbst die Araber-Siedlungen sehen besser gepflegt und sauberer aus als in Ägypten, und die Menschen sind besser gekleidet, wenigstens in der arabischen Landschaft auch Palästina immer noch die alten, fünftausendjährigen Geräte und Methoden angewandt werden: Immer noch, wie zu König Davids Zeiten bricht der höherer Einsackerepflanz den Boden, drischt man Getreide, indem man Vieh darüber treibt oder mit einer Art Schlichten darüber fährt. Aber nirgends sah ich die von Menschenhand oder von Ochsen betriebenen Wasserschrauben und Schöpfwerke Ägyptens. In Palästina gibt es vielfach auch in den arabischen Siedlungen moderne Bewässerungsanlagen. Palästina ist ein schönes Land: Meer und Gebirge, Wüste und Wald — alles ist da, was das schönheitsgierige Auge nur von einer Landschaft begehren kann. In Haifa wohnte ich bei Freunden, die ein kleines Häuschen gemietet haben hoch oben am Kamm des Karmel unter den schattigen Kiefern. Und von dem Balkon meines Zimmers sah ich auf den weiten, erst geschwungenen Bogen der Hafsbucht hinunter, die jetzt der Schauplatz mancher Tragödie ist. Eines Tages fuhr ich im Autobus von Haifa nach Nazareth zur Jordanschenke und zum See Tiberias im heiligen Land Galiläa. Mein Nachbar sprach mich hebräisch an, ich verstand ihn nicht und antwortete englisch, aber das verstand er nicht und schließlich einigten wir uns

auf deutsch. Es gibt drei offizielle Landessprachen in Palästina: Hebräisch, Arabisch und Englisch. Aber nur ein sehr kleiner Teil der eingewanderten Juden beherrscht Hebräisch oder eine andere hebräische Sprache. Fast immer ist der Wortschatz sehr, sehr beschränkt und meist erstreckt er sich nur auf ein paar der alljährlichen Umgangswörter, nach deren Verbrauch immer wieder die jeweilige Muttersprache verwendet wird. Und so hört man in dem jüdischen Palästina unheimlich viel deutsch, aber auch polnisch, russisch und französisch. Und man kann mit deutsch allein ohne weiteres durchkommen. Die Landschaft ist zauberhaft: Tief unten der große blaue See Tiberias, eingerahmt von den Ausläufern der Berge des Libanon, dessen höchste Erhebung, der Hermon, immer sichtbar ist und der bis zum Beginn des Sommers noch seine Schneekappe auf hat. Um den See herum das dunkle Grün der Pflanzungen, das höher oben allmählich übergeht in das Gelbbraun des spärlichen, von der mächtigen Sonne verbrannten Grases, das die Weide bildet für Herden von weißen und schwarzen und lustig gefleckten Schafen und Ziegen. In dem Tal, das ich von Safad aus wegen schlechter Busverbindungen nach Haifa nehmen mußte, fuhr auch ein arabischer Hirt mit seinem schwarzen Ziegenbock mit ihm — dem Bock nämlich — war es gar nicht recht, und er meckerte ununterbrochen. Neben mir im Autobus sitzt eine kleine Levanterin, mit der ich französisch sprechen kann. Sie ist schon zwanzig Jahre in Palästina und arbeitet in einer Führungsstelle in Tel Aviv. Da gibt es im Augenblick ein Hauptproblem: Die Wiederanordnung der entlassenen männlichen und weiblichen Soldaten in das zivile Leben, die Beschaffung von Behausung und von Arbeitsstellen für sie, wie auch für die legalen und illegalen Einwanderer. Sowohl die Einwanderer wie das ent-

lassene Heerespersonal sträubt sich dagegen, in Zellen der überhaupt in Lagern irgend welcher Art zu wohnen. „Das haben wir jahrelang getan, das wollen wir nicht mehr“, sagen sie. Wohnungen sind aber in Palästina einfach nicht zu haben. „Ja, wo werden Sie denn dann die Einwanderer unterbringen, auf deren Zulassung es sehr gedrängt wird?“ fragte ich. Die Führerin zuckt die Achseln. „Ich weiß es nicht“, sagte sie. „Die Herstellung der Wohnungen, die man für sie braucht, würde jahrelang dauern. Bisher ist es uns immer wieder gelungen, Leute, die schon länger hier sind und die in Häusern wohnen, dazu zu bringen, in Zelte zu übersiedeln und ihre Wohnungen neuankömmlingen zu überlassen. Aber diese Leute leben jetzt selbst schon wieder fünf und mehr Jahre in provisorischen Behausungen, und auch sie haben das schon sehr satt.“ Kaum weniger schwierig als das Wohnungsproblem für Mittelstadesbürger ist die Aussichten nicht sehr gut. Ich lernte einen ehemaligen Rechtsanwalt kennen, der jetzt Straßenkehrer und einen Philosophen, der jetzt Keller in einem Kaffeehaus ist, sich aber gar nicht philosophisch in sein Schicksal ergoßen hat. Die Lebenshaltungskosten in Palästina sind etwa einmehrfach bis zweifach so hoch wie in dem benachbarten, gleichfalls sehr teuren Ägypten. Es ist ein merkwürdiges Land mit seinen drei offiziellen Landessprachen, von denen fast die Hälfte der Einwohner keine kennt, mit sechs offiziellen Religionen in jeder Woche (Freitag für die Araber, Samstag für die Juden, Sonntag für die Christen), die Handel, Verkehr und Industrie hemmen. Die Vereinigten Nationen haben über sehr Schicksal entschieden. Die geographische Lage des Landes aber kann nicht geändert werden. Palästina liegt an dem Schnittpunkt jahrtausendalter Völkerströme, nahe dem

Württembergisches Staatstheater

John B. Priestley; Der Inspektor kommt. Nicht wie man vielleicht annehmen könnte ein Detektivstück, das uns Unterhaltung und Verwicklung bringt, sondern ein gesellschaftskritisches, an menschlicher Gedankenscharfe und Dialektik geschildertes, uns innerlich packendes, uns angehendendes Stück. Ein ausgezeichnetes Gedanke wird darin zum Ausdruck gebracht: eine wohlhabende englische Familie wird durch den Bericht und die Geschichte eines unbekanntem Polizeinspektors aus ihrer Selbstzufriedenheit aufgeweckt. Jedes der Familienmitglieder ist irgendwie an dem Selbstmord eines unbekanntem einfachen Mädchens schuldig geworden. Wollen sie auch die Folgen tragen oder verweist hernach alles wieder in jenem sich selbst genügenden Egoismus, in dem die Gesellschaft von 1811 sich befand? Der Dichter läßt die Frage offen, damit hat sich jeder von uns abzufinden, denn mit dieser Familie ist die gesamte Gesellschaft, ist jeder von uns angeklagt. Damit wird der Inspektor zum Gewissen nicht nur der Betroffenen, sondern von uns allen, zum Symbol im metaphysischen Bereich. Paul Riedys beständiges eindringliche Inszenieren verstärkt diesen innerlich symbolischen Hintergrund; kein falscher Akzent schiebt sich ein, weder im Spiel der Darsteller, noch in der äußeren Atmosphäre, die durch das

Über die Erstausführung in Karlsruhe

werden wir in unserer Ausgabe am nächsten Mittwoch berichten. Die Red.

Zu dem Rücktritt von Dr. Ermarth, dem Intendanten des Radio Stuttgart, erklärte Fred O. Taylor, der Leiter der Radio-Kontrollabteilung bei der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden, die Nachrichten-Kontrollabteilung sei innerhalb der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland an bestimmte Gesetze und Verordnungen über die Beschäftigung und Überprüfung von deutschem Personal gebunden. Diese Anordnungen besagten, daß Deutsche die leitende Stellen im Rundfunk einnehmen sollen, vor ihrer Einstellung sehr sorgfältig überprüft werden müssen. Dr. Ermarth habe bei Radio Stuttgart einige Personen einstellen wollen, die für die Nachrichten-Kontrollabteilung nicht annehmbar gewesen seien. Aus diesem Grunde habe der Wunsch von Dr. Ermarth, eine größere Bewegungsfreiheit in der Auswahl des Personals auszuüben, mit den vorgeschriebenen Bedingungen der Militärregierung nicht in Einklang gestanden.

